

Weiterhin Rückstände in der Schul- und Berufsausbildung junger Ausländer	385
Rumänien: Produktionsbelebung bei verschleppter Privatisierung	393

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 22/95

Berlin

Stöglin

1. Juni 1995

62. Jahrgang

Weiterhin Rückstände in der Schul- und Berufsausbildung junger Ausländer

Am Jahresende 1993 lebten in der Bundesrepublik Deutschland knapp 1,4 Millionen ausländische Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis unter 20 Jahren, davon der überwiegende Teil in Westdeutschland, in Ostdeutschland nur rund 32 000. Im Laufe der letzten Jahre ist die Zahl der Ausländer und darunter die der Kinder und Jugendlichen, die in Ostdeutschland wohnen, aber sehr stark gestiegen. Dies dürfte auch mit der Verteilung der Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge auf die verschiedenen Bundesländer in Zusammenhang stehen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der ausländischen Bevölkerung ist in den neuen Ländern mit knapp 13 vH nach wie vor viel geringer als in den alten Ländern (20 vH), wo schon viele ausländische Kinder und Jugendliche geboren sind. Dieser Unterschied wirkt sich auch auf den Schulbesuch aus: Von den 1,1 Millionen ausländischen Schülern¹, die es im Herbst 1993 in der Bundesrepublik gab, entfielen nur 14 000 auf Ostdeutschland (Tabelle 1).

Schulbesuch nach Alter und Nationalität

Nahezu 700 000 ausländische Schüler waren im Alter von 6 bis unter 15 Jahren. Die rechnerische Schulbesuchsquote in dieser Altersgruppe erreichte knapp 83 vH und lag damit deutlich unter dem Niveau der gleichaltrigen Deutschen (94 vH)². Der Abstand ist darauf zurückzuführen, daß Kinder von Asylbewerbern und Flüchtlingen aus Kriegsgebieten zu einem offensichtlich beträchtlichen Teil die Schulen im Inland noch nicht besuchen.

Zu beachten ist, daß die Quote insbesondere im Hinblick auf die Ausländer die tatsächliche Situation unterzeichnet,

da die Schülerzahlen im Herbst erhoben werden, die Bevölkerungsdaten aber zum Ende des Jahres ausgewiesen werden. Zwischen den Quoten in West- und Ostdeutschland bestand bei den ausländischen Schülern ein erheblicher Unterschied. Während in Westdeutschland knapp 84 vH der Sechs- bis unter Fünfzehnjährigen die Schule besuchen, sind es nach den amtlichen Daten in den neuen Ländern nur knapp 54 vH. Offen bleiben muß, inwieweit hier die Statistiken noch revisionsbedürftig sind oder ob Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge in Ostdeutschland einen weitaus größeren Anteil stellen, hier aber weder von seiten der Familien noch von seiten der Ämter auf den Schulbesuch geachtet wird. In den alten Ländern stieg die

¹ Ohne Kinder in Schulkindergärten und Vorklassen. Vgl. zu den Schülerzahlen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeinbildende Schulen 1993, Reihe 1 und Berufliche Schulen 1993, Reihe 2, Fachserie 11, Wiesbaden 1995; Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1994/95, Bonn 1995; und Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.): Ausländische Schüler und Schulabsolventen von 1984 bis 1993, Dokumentation Nr. 131, Bonn 1994. Die Statistiken informieren über ausländische Schüler weniger umfassend als über deutsche. Noch gibt es beispielsweise für ausländische Auszubildende keine Abschlußstatistik. Angaben zum Alter ausländischer Schüler fehlen. Die Altersstruktur wurde deshalb geschätzt.

² Die Schulbesuchsquote gibt den an der gleichaltrigen Bevölkerung gemessenen Schulbesuch an. Da das durchschnittliche Einschulungsalter bei 6,7 Jahren liegt, erreicht die Schulbesuchsquote auch in der Altersgruppe mit Schulpflicht nicht 100 vH. Diese Quote ist als Orientierungswert zu interpretieren, die in den Bezugsgrößen — Bevölkerungs- und Schülerzahl — infolge von einander abweichender Erhebungstermine in den Statistiken Unschärfen enthält.

Tabelle 1

**Deutsche und ausländische Schüler nach Altersgruppen
an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in der Bundesrepublik Deutschland 1993**

Im Alter von ... bis unter ... Jahren ¹⁾	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt	Deut- sche	Aus- länder	Ins- gesamt
in 1000 Personen Schüler ²⁾									
6 - 15 Jahre	4 955,0	683,9	5 638,9	1 786,2	10,8	1 797,0	6 741,2	694,7	7 435,9
Allgemeinbildende Schulen	4 954,0	683,9	5 637,9	1 785,6	10,8	1 796,4	6 739,6	694,7	7 434,3
Berufliche Schulen	1,0	—	1,0	0,6	—	0,6	1,6	—	1,6
15 - 20 Jahre	2 554,4	314,3	2 868,7	758,1	2,7	760,8	3 312,5	317,0	3 629,5
Allgemeinbildende Schulen	1 376,9	148,8	1 525,7	437,0	1,7	438,7	1 813,9	150,5	1 964,4
Berufliche Schulen	1 177,5	165,5	1 343,0	321,1	1,0	322,1	1 498,6	166,5	1 665,1
20 Jahre und älter	790,0	78,5	868,5	109,0	0,4	109,4	899,0	78,9	977,9
Allgemeinbildende Schulen	61,9	5,9	67,8	7,1	0,1	7,2	69,0	6,0	75,0
Berufliche Schulen	728,1	72,6	800,7	101,9	0,3	102,2	830,0	72,9	902,9
Alle Schüler	8 299,4	1 076,7	9 376,1	2 653,3	13,9	2 667,2	10 952,7	1 090,6	12 043,3
Allgemeinbildende Schulen	6 392,8	838,6	7 231,4	2 229,7	12,6	2 242,3	8 622,5	851,2	9 473,7
Berufliche Schulen	1 906,6	238,1	2 144,7	423,6	1,3	424,9	2 330,2	239,4	2 569,6
Bevölkerung									
6 - 15 Jahre	5 274,4	818,2	6 092,6	1 917,7	20,1	1 937,8	7 192,1	838,3	8 030,4
15 - 20 Jahre	2 756,8	534,2	3 291,0	897,7	11,5	909,2	3 654,5	545,7	4 200,2
6 - 20 Jahre	8 031,2	1 352,4	9 383,6	2 815,4	31,6	2 847,0	10 846,6	1 384,0	12 230,6
Schulbesuchsquote in vH									
6 - 15 Jahre	93,9	83,6	92,6	93,1	53,7	92,7	93,7	82,9	92,6
Allgemeinbildende Schulen	93,9	83,6	92,5	93,1	53,7	92,7	93,7	82,9	92,6
15 - 20 Jahre	92,7	58,8	87,2	84,4	23,5	83,7	90,6	58,1	86,4
Allgemeinbildende Schulen	49,9	27,9	46,4	48,7	14,8	48,3	49,6	27,6	46,8
Berufliche Schulen	42,7	31,0	40,8	35,8	8,7	35,4	41,0	30,5	39,6
6 - 20 Jahre	93,5	73,8	90,7	90,4	42,7	89,8	92,7	73,1	90,5
Allgemeinbildende Schulen	78,8	61,6	76,3	78,9	39,6	78,5	78,9	61,1	76,8
Berufliche Schulen	14,7	12,2	14,3	11,4	3,2	11,3	13,8	12,0	13,6

¹⁾ Schüler und Bevölkerung am Jahresende. — ²⁾ Die Altersstruktur der ausländischen Schüler wurde geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Schulbesuchsquote der ausländischen Schüler in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich; 1973 betrug sie erst 69 vH. Ein wesentlicher Grund war dabei, daß verstärkt auf die Einhaltung der Schulpflicht geachtet wird.

In der Altersgruppe von 15 bis unter 20 Jahren befanden sich in der Bundesrepublik 1993 fast 320 000 ausländische Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Die rechnerische Schulbesuchsquote war mit 58 vH deutlich niedriger als bei deutschen Jugendlichen dieses Alters (91 vH). Auch in dieser Altersgruppe ist die ermittelte Quote bei den ausländischen Jugendlichen in den neuen Ländern mit 24 vH erheblich niedriger als in den alten (59 vH). Diese Diskrepanz bedarf ebenfalls weiterer Prüfung.

Außerdem unterscheidet sich die Bedeutung der einzelnen Schularten bei den jungen Ausländern in beiden Landesteilen weiterhin beträchtlich: Wie schon in den Vorjahren besuchte in Westdeutschland ein größerer Teil berufliche Schulen, in Ostdeutschland dagegen allgemeinbildende Schulen, dort jedoch bei einer noch relativ geringen Zahl ausländischer Schüler insgesamt. Im Vergleich zu den deutschen Schülern gesehen ist der Abstand im Schulbesuch bei den ausländischen Schülern in den alten Ländern kontinuierlich zurückgegangen. Dies vollzog sich in den achtziger Jahren zunächst an den allgemeinbildenden Schulen, nach und nach aber auch an den beruflichen Schulen. Hier verstärkte sich der Aufholprozeß zu Be-

ginn der neunziger Jahre. Dazu trugen die entspannte Lage auf dem Lehrstellenmarkt und die vielen Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung junger Ausländer bei. Doch wurde auch die Bedeutung einer guten beruflichen Qualifikation für eine Beschäftigung von ausländischen Jugendlichen und ihren Eltern zunehmend erkannt. Diese Entwicklung beim Schulbesuch dürfte eigentlich in den nächsten Jahren auch in den neuen Ländern zu erwarten sein.

Rund drei Viertel der ausländischen Schüler in der Bundesrepublik entfielen 1993 der Nationalität nach auf die sechs Herkunftsländer, aus denen die meisten Arbeitskräfte mit ihren Familien stammen³; darunter reichlich zwei Fünftel auf die Türkei und knapp ein Fünftel auf das ehemalige Jugoslawien. Türkische Schüler bilden anteilig in West und Ost — dort in geringerem Ausmaß — die größte ausländische Schülergruppe, und die Schüler der Nationen aus dem ehemaligen Jugoslawien sind insgesamt in beiden Landesteilen gleich stark vertreten. Unter den Schülern aus den „sonstigen“ Staaten überwiegen in den alten Ländern aber Kinder und Jugendliche aus Mitglied-

staaten der Europäischen Union, während es in den neuen Bundesländern die aus osteuropäischen Staaten sind⁴.

Allgemeinbildende Schulen

In Westdeutschland besuchten im Jahre 1993 rund 840 000 ausländische Schüler die allgemeinbildenden Schulen⁵ und damit rund 25 000 mehr als im Vorjahr. Gegenüber 1970 hat sich die Zahl mehr als verfünffacht, der Ausländeranteil stieg an diesen Schulen von 2 vH auf knapp 12 vH. In Ostdeutschland gab es 1993 nur knapp 14 000 ausländische Schüler, die lediglich 0,6 vH der Schüler an allgemeinbildenden Schulen ausmachten. Aus

³ Die sechs Herkunftsländer sind: Griechenland, Italien, das frühere Jugoslawien, Portugal, Spanien und die Türkei.

⁴ Vgl. hierzu beispielsweise: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Allgemeinbildende Schulen, a.a.O., S. 70 ff. und Berufliche Schulen, a.a.O., S. 64 ff.

⁵ Die Schülerdaten wurden vorwiegend im September und Oktober 1993 erhoben. Sie gelten für das Schuljahr 1993/94.

Tabelle 2

Deutsche und ausländische Schüler nach Schularten in Westdeutschland

	Ingesamt			Deutsche			Ausländer		
	1970	1980	1993	1970	1980	1993	1970	1980	1993
	in 1000 Personen								
Allgemeinbildende Schulen	8 927,8	9 115,3	7 231,4	8 768,7	8 480,2	6 392,8	159,1	635,1	838,6
Berufliche Schulen	2 074,3	2 673,1	2 144,7	2 047,7	2 570,6	1 906,6	26,6	102,5	238,1
Alle Schüler	11 002,1	11 788,4	9 376,1	10 816,4	11 050,8	8 299,4	185,7	737,6	1 076,7
	in vH								
	Ausländeranteil			Struktur					
Allgemeinbildende Schulen	1,8	7,0	11,6	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:									
Grund- und Hauptschulen ¹⁾	2,2	10,4	14,4	70,8	53,3	53,2	86,5	82,9	68,0
Sonderschulen	1,2	7,8	18,6	3,6	3,9	3,5	2,5	4,4	6,1
Realschulen	0,6	2,1	8,0	9,8	15,6	13,4	3,0	4,6	8,9
Gesamtschulen ²⁾	—	4,8	14,4	—	2,5	5,1	—	1,7	6,5
Gymnasien	0,9	1,9	5,1	15,6	24,5	24,2	7,9	6,3	9,9
Abendschulen und Kollegs	1,3	4,6	12,4	0,2	0,3	0,5	0,1	0,2	0,6
Berufliche Schulen	1,3	3,8	11,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:									
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr	—	11,5	19,8	—	4,2	5,2	—	13,8	10,3
Berufsschulen	1,3	3,8	11,2	77,1	69,2	60,5	78,2	67,9	61,0
Berufsfachschulen	0,9	3,3	12,7	8,8	12,3	11,7	6,4	10,4	13,6
Kollegschulen ³⁾	—	3,0	15,8	—	1,4	3,8	—	1,1	5,7
Berufsober- u. Fachoberschulen ⁴⁾	0,9	1,9	7,6	4,8	6,1	7,0	3,4	3,0	4,6
Fachschulen	1,5	2,6	2,9	6,3	3,2	6,6	7,5	2,1	1,6
Schulen des Gesundheitswesens	2,0	1,8	7,2	2,9	3,7	5,4	4,5	1,7	3,3

¹⁾ Einschließlich schulartunabhängige Orientierungsstufen. — ²⁾ Einschließlich freie Waldorfschulen. — ³⁾ Einschließlich Fach- und Berufsakademien. — ⁴⁾ Einschließlich Fachgymnasien, technische Oberschulen und Berufsaufbauschulen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.

diesem Grund beschränkt sich die folgende Untersuchung auf die Situation an den Schulen in den alten Ländern.

Ausländische Schüler besuchen weiterhin häufiger als deutsche Grund- und Hauptschulen sowie Sonderschulen. An diesen Schularten waren drei Viertel der ausländischen, aber nur reichlich die Hälfte der deutschen Schüler eingeschult (Tabelle 2). So war der Ausländeranteil an Grund- und Hauptschulen mit 14 vH und an Sonderschulen mit 19 vH überdurchschnittlich groß und stieg zu Beginn der neunziger Jahre auch noch geringfügig. Dennoch ging auch bei ausländischen Schülern — vor allem in den achtziger Jahren — die Bedeutung der Hauptschule als Lernort zurück.

Intensive schulische Förderungsmaßnahmen führten bei ausländischen Schülern zu besseren Fach- und Sprachkenntnissen. Hinzu kommt, daß inzwischen die meisten jungen Ausländer in der Bundesrepublik geboren wurden oder aufwuchsen und von Anfang an am Schulunterricht teilnahmen und deshalb die Sprachbarrieren kleiner werden. Mehr Informationen über das Schulsystem bei jungen Ausländern und ihren Eltern trugen ebenfalls dazu bei, daß ausländische Schüler häufiger auf weiterführende Schulen überwechselten. Auch wächst der Wunsch nach besseren beruflichen Perspektiven mit einer Lebensplanung, in der die Absicht zur Rückwanderung in die Heimat einen geringeren Stellenwert erhält.

Realschulen und Gymnasien besuchten knapp 19 vH der ausländischen Schüler, bei den deutschen war der Anteil doppelt so groß. Der Ausländeranteil an den Gymnasien und Realschulen lag mit 5 und 8 vH deutlich unter dem Durchschnitt, stieg an den Gymnasien seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr und sank an den Realschulen sogar wieder geringfügig. Von den Schularten, an denen ein mittlerer Abschluß oder das Abitur erreicht werden können, weisen weiterhin nur die Gesamtschulen, die Abendrealschulen, die Abendgymnasien und die Kollegs überdurchschnittlich hohe Ausländeranteile auf. Diese Schularten, insbesondere die integrierten Gesamtschulen, tragen damit zur gewünschten Eingliederung der jungen Ausländer bei.

Junge Ausländer verlassen zwar seltener als zuvor die allgemeinbildenden Schulen ohne Schulabschluß, doch spiegeln sich auch weiterhin die Unterschiede beim Schulbesuch zwischen deutschen und ausländischen Schülern in der Höhe der Schulabschlüsse. Das Gefälle zu Lasten der ausländischen Schulentlassenen hatte in den achtziger Jahren deutlich, in den neunziger aber nur noch geringfügig abgenommen. 1993 verließen immerhin noch 21 vH der ausländischen Schüler die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluß; der Anteil war dreimal so hoch wie bei deutschen Schulabgängern⁶ (Tabelle 3).

Es bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede nach der Art der Abschlüsse: Von den deutschen Schulabsolventen verließen nur 30 vH die Schulen mit einem Hauptschulabschluß, aber 41 vH erzielten einen mittleren Ab-

Tabelle 3

**Abschlüsse an allgemeinbildenden Schulen 1993
von deutschen und ausländischen Schülern
in Westdeutschland**

Abschlußart	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil
	in 1000 Personen		in vH
Mit Abschluß	519,1	62,2	10,7
davon:			
Hauptschulabschluß	158,3	34,2	17,8
Mittlerer Abschluß	210,1	20,9	9,0
Hochschulreife	150,7	7,1	4,5
Ohne Hauptschulabschluß ¹⁾	36,9	16,3	30,6
Insgesamt	556,0	78,5	12,4

¹⁾ Einschließlich Schulentlassene aus der Sonderschule.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Kultusministerkonferenz; Berechnungen des DIW.

schluß und 29 vH die Hochschulreife, während von den ausländischen Absolventen 55 vH den Hauptschulabschluß erreichten, aber nur 34 vH einen mittleren Abschluß und erst 11 vH die Hochschulreife.

Berufliche Schulen einschließlich Lehrlingsausbildung

In einer beruflichen, berufsvorbereitenden oder berufsorientierten Ausbildung befanden sich 1993 an den beruflichen Schulen in Westdeutschland fast 240 000 ausländische Schüler⁷. Seit 1970 hat sich zwar die Zahl verneunfacht, doch stieg sie besonders deutlich von Mitte der achtziger Jahre an. Seitdem ist die Veränderung bei ausländischen und deutschen Schülern gegenläufig. Die Zahl deutscher Schüler fiel und wird erst in den nächsten Jahren wieder steigen. Der Ausländeranteil erhöhte sich seit Beginn der siebziger Jahre von 1 vH auf 11 vH. Er nahm vor allem am Anfang der neunziger Jahre zu und erreichte zuletzt fast das Niveau des Ausländeranteils an allgemeinbildenden Schulen (Tabelle 2).

Drei Fünftel der ausländischen Schüler an beruflichen Schulen besuchten 1993 die Berufsschulen, fast 14 vH die

⁶ Zehn Jahre zuvor hatten noch 34 vH der ausländischen Schüler, die von den allgemeinbildenden Schulen abgingen, nicht einmal einen Hauptschulabschluß. Eine Abschlußstatistik für ausländische Schüler gibt es erst seit 1983. Vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (Hrsg.): Ausländische Schüler und Schulabsolventen 1983 bis 1992, Dokumentation Nr. 128, Bonn 1994, S. 159 ff.

⁷ Die beruflichen Schulen in Ostdeutschland besuchten nur 1 300 ausländische Schüler; in einer Lehre befanden sich knapp 300 ausländische Jugendliche. Deshalb wird hier ebenfalls nur die Situation in Westdeutschland betrachtet.

Berufsfachschulen und rund 10 vH die Kolleg- und Fachschulen, Fach- und Berufsakademien sowie die Schulen des Gesundheitswesens. Fast 5 vH der ausländischen Schüler wurden an den Berufsober-, Berufsaufbau-, Fachober- und technischen Oberschulen sowie den Fachgymnasien darauf vorbereitet, in einer lediglich berufsorientierten Ausbildung schulische Abschlüsse zu erreichen, die den Abschlüssen allgemeinbildender Schulen gleichwertig sind (deutsche Schüler 7 vH). Mit 10 vH bereiteten sich relativ viele der jungen Ausländer in den Einrichtungen des Berufsvorbereitungs- und des Berufsgrundbildungsjahres erst auf eine Berufsausbildung vor. Hier war der Ausländeranteil mit 20 vH deutlich höher als bei allen anderen Schularten.

Bei vielen Schularten, an denen allein oder in Kooperation mit Betrieben beruflich ausgebildet wird, haben jedoch ausländische Schüler aufgeholt. Die Berufs-, Berufsfach- und Kollegschaften besucht inzwischen ein größerer Teil als von den deutschen Schülern. Besonders ausgeprägt war der Unterschied aber weiterhin an den Fachschulen und den Schulen des Gesundheitswesens. Jeder achte deutsche Schüler nahm an dieser beruflichen Ausbildung und Fortbildung teil, aber nur jeder zwanzigste ausländische.

Nach wie vor sind die meisten Schüler beruflicher Schulen Auszubildende und absolvieren eine Berufsausbildung im dualen System. Von den deutschen Schülern waren 1993 nahezu zwei Drittel Auszubildende, von den ausländischen aber nur etwas mehr als die Hälfte (53 vH). Doch gibt es hier seit 1985 eine gegenläufige Entwicklung: Die Zahl der deutschen Lehrlinge fiel kontinuierlich auf zwei Drittel des Ausgangswertes, während die Zahl der ausländischen Auszubildenden um das Zweieinhalbfache stieg, so daß ihr Anteil an der Zahl aller Lehrlinge insgesamt deutlich zugenommen hat. Trotzdem waren — bezogen auf die relevante Altersgruppe der Bevölkerung — immer noch fast doppelt so viele deutsche wie ausländische Jugendliche in einer Lehre. Es befanden sich auch unter den insgesamt rund 46 000 Berufsschülern, die arbeitslos oder ohne Ausbildungsvertrag beschäftigt waren, überdurchschnittlich viele junge Ausländer⁸.

Die geringere Beteiligung der ausländischen Jugendlichen an einer Lehre hat mehrere Ursachen. Für den Abschluß eines Lehrvertrages ist zwar rechtlich ein Schulabschluß nicht vorgeschrieben, doch ist der Erfolg einer Bewerbung um einen Ausbildungsplatz auch bei Ausländern vom erzielten Schulabschluß abhängig. Hier wirkt sich der im Vergleich zu Deutschen geringere Erfolg beim Abschluß der allgemeinbildenden Schulen aus. Doch scheint es auch Vorbehalte von Anbietern von Lehrstellen gegenüber Ausländern zu geben. Hinzu kommt, daß ausländische Jugendliche häufiger als deutsche die Lehre abbrechen und danach oft kein neues Ausbildungsverhältnis eingehen, sondern über eine Arbeitstätigkeit als Ungelernte ein höheres Einkommen beziehen⁹. Auch wird die Berufswahl ausländischer Jugendlicher zum Teil durch andere Motive als die der deutschen bestimmt: Eine schulische Ausbil-

dung wird beispielsweise oft höher bewertet als eine Lehre im dualen System, weil in vielen Heimatstaaten schulische berufliche Ausbildung überwiegt und manchmal eine Lehrausbildung bloß als normale Beschäftigung gilt¹⁰. So fördert auch die Bundesanstalt für Arbeit weiterhin ausländische Bewerber gezielt durch berufsvorbereitende Lehrgänge, ausbildungsbegleitende Hilfen und Ausbildungsstellen in überbetrieblichen Einrichtungen.

Die ausländischen Lehrlinge werden in Westdeutschland hauptsächlich in den Bereichen der Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern ausgebildet. Im Jahre 1993 erlernten wieder — wie in den achtziger Jahren — die meisten ausländischen Jugendlichen einen Beruf im Handwerk; nur in diesem Ausbildungsbereich ist der Ausländeranteil überdurchschnittlich groß (Tabelle 4). Gegenüber 1990 stieg die Zahl ausländischer Lehrlinge in Industrie und Handel, Handwerk sowie bei den freien Berufen am stärksten.

Die Gliederung nach Wirtschaftsbereichen zeigt für 1994, daß von den ausländischen Auszubildenden 32 vH im verarbeitenden Gewerbe, 31 vH in den sonstigen Dienstleistungen, 15 vH im Handel und 11 vH im Bauge-

⁸ Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Berufliche Schulen, a.a.O., S. 63 und Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung 1993/94, Nürnberg 1995, S. 15 ff.

⁹ Vgl. Berufsausbildungssituation ausländischer Jugendlicher. In: Bundesinstitut für Berufsausbildung (Hrsg.): Forschungsergebnisse 1992, Berlin und Bonn 1993, S. 17 f. und Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 15, Berlin und Bonn 1994.

¹⁰ Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Berufsberatung 1993/94, a.a.O., S. 14 f.

Tabelle 4

**Deutsche und ausländische Auszubildende 1993
nach Ausbildungsbereichen in Westdeutschland¹⁾**

Ausbildungsbereich	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil
	in 1000 Personen		in vH
Industrie und Handel	591,4	54,6	8,5
Handwerk	403,4	55,6	12,1
Landwirtschaft	23,0	0,4	1,7
Öffentlicher Dienst	59,0	2,1	3,4
Freie Berufe	128,3	13,2	9,3
Hauswirtschaft	7,3	0,3	3,9
Seeschifffahrt	0,3	0,0	1,0
Insgesamt	1 212,7	126,2	9,4

¹⁾ In den Ausbildungsbereichen Öffentlicher Dienst, freie Berufe und Hauswirtschaft einschließlich Berlin (Ost).

Quellen: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft; Berechnungen des DIW.

Tabelle 5

**Deutsche und ausländische Beschäftigte
in beruflicher Ausbildung nach Wirtschaftsbereichen
in Westdeutschland¹⁾**

	Deut- sche	Aus- länder	Ausländer- anteil	
	1994		1991	1994
	Struktur in vH		in vH	
Land- und Forstwirtschaft	1,6	0,6	2,1	4,0
Energie, Bergbau	1,2	1,1	7,3	8,7
Verarbeitendes Gewerbe	30,1	32,5	6,2	10,5
davon:				
Chemie und Kunststoff	2,3	2,2	5,5	9,7
Maschinenbau	3,7	3,6	6,0	9,7
Straßenfahrzeugbau	5,8	9,4	9,2	14,9
Elektrotechnik, EDV	3,2	3,0	5,7	9,3
Nahrungs- und Genußmittel	3,0	2,1	2,8	6,9
Übrige	12,1	12,1	6,3	9,8
Baugewerbe	8,9	10,6	6,5	11,5
Handel	13,3	14,9	5,7	10,8
Verkehr und Nachrichten	3,8	3,6	5,1	9,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	5,2	1,7	1,3	3,4
Sonstige Dienstleistungen	29,8	30,9	6,6	10,1
davon:				
Gaststätten und Beherbergung	3,3	3,0	5,8	8,9
Reinigung, Körperpflege	2,4	6,5	14,9	22,8
Wissensch., Publizistik	3,9	3,7	7,8	9,3
Gesundheits-, Veterinärwesen	12,4	12,8	5,9	10,1
Übrige	7,9	5,0	3,6	6,4
Organisationen o. Erwerbsch.	1,8	2,3	9,7	12,3
Gebietskörperschaften	4,2	1,8	2,8	4,4
Ohne Angaben	0,0	0,0	17,5	17,2
Insgesamt	100,0	100,0	5,9	9,8

¹⁾ Jahresmitte; Auszubildende und andere Beschäftigte in beruflicher Ausbildung, einschließlich Praktikanten.
Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW.

werbe beschäftigt waren. Auf die übrigen Wirtschaftsbereiche entfielen nur 11 vH, bei deutschen Lehrlingen dagegen fast 18 vH. In den letzten Jahren nahm bei ausländischen Auszubildenden die Konzentration auf das Baugewerbe und den Dienstleistungsbereich zu.

In den neunziger Jahren hat sich der Anteil ausländischer Auszubildender von 6 vH (1991) auf 10 vH (1994) erhöht (Tabelle 5). Der Anstieg war in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich groß¹¹. So erreichte der Anteil bei Reinigung und Körperpflege Mitte 1994 fast 23 vH; drei Jahre zuvor hatte er erst bei knapp 15 vH gelegen. Im Straßenfahrzeugbau nahm er im gleichen Zeitraum von rund 9 vH auf fast 15 vH zu. Nur vergleichsweise gering stieg der Anteil bei den Gebietskörperschaften sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe; hier verharrte er weiterhin beträchtlich unter dem Durchschnitt.

Ausländische Lehrlinge wurden im Unterschied zu deutschen noch überwiegend in Fertigungsberufen ausgebildet (57 zu 49 vH); somit waren sie auch in den technischen und Dienstleistungsberufen insgesamt in geringerem Ausmaß vertreten (42 zu 49 vH). Die ausländischen Auszubildenden waren auch vergleichsweise mehr als die deutschen auf wenige Lehrberufe konzentriert. So entfielen bei ausländischen Lehrlingen auf die achtzehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufe fast zwei Drittel aller Auszubildenden, bei deutschen Lehrlingen hingegen war es nur knapp die Hälfte. Zwar gehörten zu diesen Lehrberufen mit jeweils neun gleichviel Fertigungs- und Dienstleistungsberufe, doch zeigte sich hier eine ähnliche Verteilung wie bei den Auszubildenden insgesamt: Nur 49 vH der ausländischen Jugendlichen waren in einem Dienstleistungsberuf beschäftigt, aber 57 vH der deutschen. Außerdem ist die Verteilung der ausländischen Lehrlinge immer noch deutlicher als die der deutschen geschlechtsspezifisch geprägt: Männliche ausländische Auszubildende erlernten relativ mehr als deutsche einen Fertigungsberuf, weibliche ausländische Auszubildende waren stärker als deutsche auf wenige Dienstleistungsberufe und Wirtschaftszweige im Dienstleistungsbereich konzentriert. Der Rangfolge nach waren 1993 die drei am stärksten besetzten Lehrberufe bei jungen Ausländern Kraftfahrzeugmechaniker, Industriemechaniker und Elektroinstallateur, bei jungen Ausländerinnen Friseurin, Arzthelferin und Kauffrau im Einzelhandel¹².

In den alten Ländern wurden 1993 aus den beruflichen Schulen — ohne Schulen des Gesundheitswesens — rund 81 000 ausländische Schüler entlassen, davon rund ein Drittel ohne Abschlußzeugnis¹³. Von den erfolgreichen Absolventen kamen mit fast 29 000 die meisten von den Be-

¹¹ Die Verteilung der Lehrlinge auf die Wirtschaftsbereiche wurde nach der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in beruflicher Ausbildung untersucht. Diese Unterlagen sind mit der Statistik der Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz nicht voll kompatibel. Außer fast allen Lehrlingen ist noch eine kleine Zahl von anderen Beschäftigten in beruflicher Ausbildung, beispielsweise Praktikanten, vor allem bei den deutschen Beschäftigten enthalten. Die Zahl ausländischer Auszubildender ist etwas untererfaßt. Vgl. Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1995, Nr. 3, S. 466 f.

¹² Für ausländische Auszubildende liegen erstmalig Informationen zu allen Ausbildungsberufen vor. Die Angaben, die sich auf die gesamte Bundesrepublik beziehen, wurden vorab vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt. Sie werden demnächst in der Fachserie 11, Berufliche Bildung 1993, veröffentlicht.

¹³ Der Berufsschulabschluß ist nicht mit dem Lehrabschluß gleichzusetzen, der bei den Kammern abgelegt wird. Da in der Statistik bei Lehrabschlüssen nicht zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden wird, werden ersatzweise die Abschlüsse an Berufsschulen verwendet. Die Abschlüsse an den Schulen des Gesundheitswesens können aus dem gleichen Grund nicht berücksichtigt werden. Jedoch ist der Berufsschulabschluß auch ein guter Indikator für den Lehrabschluß, weil nahezu alle Absolventen einer Lehre auch die Berufsschule erfolgreich abschließen.

Tabelle 6

**Deutsche und ausländische Schulabgänger von
beruflichen Schulen in Westdeutschland 1993¹⁾**

	Deut- sche	Aus- länder	Ausländer- anteil
	in 1000 Personen		in vH
<i>Mit Abschluß</i>			
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr	19,8	8,1	29,1
Berufsschulen	373,4	28,8	7,2
Berufsfachschulen	92,6	10,1	9,8
Kollegschaften ²⁾	22,5	2,7	10,8
Berufsober- und Fachoberschulen ³⁾	59,3	2,6	4,3
Fachschulen	51,5	0,9	1,7
Insgesamt	619,0	53,3	7,9
darunter:			
Berufliche Ausbildung ⁴⁾	540,0	42,5	7,3
<i>Ohne Abschluß⁵⁾</i>			
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr	19,3	6,6	25,5
Berufsschulen	59,4	15,6	20,8
Berufsfachschulen	20,2	3,6	15,2
Kollegschaften ²⁾	4,0	1,6	28,8
Berufsober- und Fachoberschulen ³⁾	3,6	0,8	17,3
Fachschulen	2,3	0,1	4,2
Insgesamt	108,8	28,3	20,6
darunter:			
Berufliche Ausbildung ⁴⁾	86,0	20,9	19,6
<i>Alle Schulentlassenen</i>			
Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr	39,1	14,7	27,3
Berufsschulen	432,8	44,4	9,3
Berufsfachschulen	112,9	13,7	10,8
Kollegschaften ²⁾	26,5	4,4	14,1
Berufsober- und Fachoberschulen ³⁾	62,8	3,4	5,1
Fachschulen	53,8	1,0	1,8
Insgesamt	727,8	81,5	10,1
darunter:			
Berufliche Ausbildung ⁴⁾	625,9	63,4	9,2

1) Ohne Schulen des Gesundheitswesens. — 2) Einschließlich Fach- und Berufsakademien. — 3) Einschließlich Fachgymnasien, technische Oberschulen und Berufsaufbauschulen. — 4) Abschlüsse beruflicher Schularten, an denen allein oder in Kooperation mit den Betrieben ein beruflicher Abschluß erreicht werden kann. Bei Berufsfachschulen sind auch andere Abschlüsse enthalten. — 5) Einschließlich ohne Angabe der Zeugnisart.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

rufsschulen; rund 10 000 Schüler verließen die Berufsfachschulen und etwas über 8 000 Schüler die berufsvorbereitenden Schulen mit Abschluß. An den Kollegschaften sowie den Fach- und Berufsakademien bestanden rund 2 700 Ausländer und an den Fachschulen knapp 900 die Prüfung. Die restlichen 2 600 Schüler erzielten schulische Abschlüsse (Tabelle 6). Von den ausländischen Schülern insgesamt absolvierten nur 65 vH die beruflichen Schulen mit Erfolg, von den deutschen 85 vH. Gegenüber 1990 erhöhte sich zudem der Anteil ausländischer und deutscher Schulabgänger ohne Abschluß geringfügig um jeweils zwei Prozentpunkte.

Fazit

Am Jahresende 1993 besuchten in den alten Bundesländern fast 1,1 Millionen ausländische Schüler die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Infolge der demographischen Entwicklung und des sich ändernden Bildungsverhaltens werden Zahl und Anteil ausländischer Schüler weiter steigen, vor allem in den neuen Ländern.

Die Eingliederung der jungen Ausländer in Schule und berufliche Ausbildung in Westdeutschland hat sich in den letzten 25 Jahren zweifellos verbessert. Allerdings schwächte sich diese Entwicklung zu Beginn der neunziger Jahre an den allgemeinbildenden Schulen leicht ab, während sie sich an den beruflichen Schulen und in der Lehrausbildung verstärkte. Der Rückstand im Vergleich zu den gleichaltrigen Deutschen ist jedoch beim Schulbesuch, bei den Abschlüssen und in der beruflichen Ausbildung bei weitem noch nicht überwunden. Angesichts der rückläufigen demographischen Entwicklung der deutschen Bevölkerung wird die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft wohl nur zu erhalten sein, wenn es gelingt, die Ausländer in Wirtschaft und Gesellschaft zu integrieren. Dazu gehört aber vordringlich ein gutes Qualifikationsniveau auch der ausländischen Erwerbstätigen; dafür ist die bessere schulische und berufliche Integration der Ausländer eine wichtige Voraussetzung. Mit gezielten Maßnahmen ist die Bildungs- und Ausbildungssituation für Ausländer zu verbessern. Dabei wäre schon viel gewonnen, wenn der Anteil der Abgänger von allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluß bei Ausländern deutlich verringert werden könnte: Ein fehlender Schulabschluß mindert die Chance, eine qualifizierte Berufsausbildung zu beginnen. Es ist in diesem Zusammenhang vom DIW bereits darauf hingewiesen worden, daß es erforderlich ist, benachteiligte ausländische Schüler besonders zu fördern, kleinere Klassen einzurichten, die Sprachkompetenz vor allem später zugezogener ausländischer Schüler zu verbessern und mehr ganztägige Angebote an Schulen zu machen¹⁴.

¹⁴ Vgl. Ausländerintegration und Bildungspolitik. Bearb.: Friederike Behringer, Wolfgang Jeschek und Gert Wagner. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/94, S. 37 f., und Nach wie vor Rückstände in der Schul- und Berufsausbildung junger Ausländer. Bearb.: Wolfgang Jeschek. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28/94, S. 491 f.

Obwohl sich die Situation für Ausländer an einigen beruflichen Schularten und in der Lehrlingsausbildung zuletzt auch verbesserte, weisen weiterhin einige Merkmale auf eine unbefriedigende Lage hin: Ein Drittel der ausländischen Schulabgänger hat keinen beruflichen Abschluß; der Anteil stieg in den neunziger Jahren sogar geringfügig. Die Beteiligung der ausländischen Jugendlichen an der Lehre ist deutlich geringer als die der deutschen, der altersspezifische Anteil etwa halb so groß. Nach wie vor besuchen zu wenige Ausländer Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens. Deshalb müssen weiterhin berufsvorbereitende Maßnahmen und ausbildungsbegleitende Hilfen für ausländische, aber auch für benachteiligte deutsche Jugendliche durch die Bundesanstalt für Arbeit, die

Wirtschaft und die Schule angeboten werden. Ausbildungsplätze für Ausländer fehlen vor allem in den Dienstleistungsbereichen und Dienstleistungsberufen, die auch mittelfristig gute Beschäftigungschancen bieten. Hier müßten vor allem die Wirtschaft schon aus eigenem Interesse, aber auch der öffentliche Dienst mehr Plätze anbieten: Qualifizierte ausländische Mitarbeiter können bei der fortschreitenden internationalen Kooperation in der Wirtschaft und im öffentlichen Bereich ein Wettbewerbsvorteil sein. Berufsberatung und Schule sollten bei ausländischen Jugendlichen und ihren Eltern die Motivation für eine Berufsausbildung stärken und die Berufswahl auf ein breiteres Spektrum lenken.

Rumänien: Produktionsbelebung bei verschleppter Privatisierung

In dem mit dem Internationalen Währungsfonds im Winter 1993/1994 vereinbarten Reformpaket für die Jahre 1994/1995 hatte sich Rumänien zu einer restriktiven Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik sowie zu einer beschleunigten Privatisierung verpflichtet. Im Jahr 1994 sollten die Inflationsrate auf 75 vH gesenkt, das konsolidierte Budgetdefizit auf 3,6 vH begrenzt und die Zinsen stark angehoben werden¹. Tatsächlich konnten 1994 Erfolge bei der Inflationsbekämpfung erzielt werden, auch wenn dazu temporäre Preisstopps eingesetzt wurden. Die Zinsen erreichten im Jahresverlauf den real positiven Bereich. Produktion und Investitionen haben sich deutlich belebt. Allerdings war das Defizit im Staatshaushalt höher als ursprünglich geplant. Die Privatisierung kam nur sehr langsam voran. Dies sowie die gegen Jahresende hohen Lohnzugeständnisse dürften dazu führen, daß die Inflationsneigung wieder zunimmt.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung²

Das rumänische Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat 1994 nach vorläufigen Angaben real um 3½ vH (1993: 1,3 vH) zugenommen³. Dieses Wachstum ist vor allem auf eine gestiegene Industrieproduktion (3,3 vH), vermehrte Bautätigkeit (18,8 vH) und eine Zunahme der Einzelhandelsumsätze (8 vH) zurückzuführen, während die landwirtschaftliche Produktion, trotz billiger Kredite und günstiger Witterung, und die Verkehrsleistung stagnierten und die konsumbezogenen Dienstleistungen rückläufig waren (–11 vH).

Der Zuwachs der Industrieproduktion konzentrierte sich im wesentlichen auf einige Branchen der Konsumgüterindustrie, wie die Leder- und Möbelindustrie, die — bei leichter Belebung der Binnennachfrage — vor allem für den Export produzierten. Die Produktion von im Ausland weniger wettbewerbsfähigen Gütern ist hingegen zurückgegangen. Hierzu gehören insbesondere Maschinen und Ausrüstungen sowie Transportmittel. Ebenfalls rückläufig entwickelte sich die Produktion energieintensiver Branchen, darunter der Chemie- und Glasindustrie.

Die Bruttoanlageinvestitionen sind 1994 real um 15 vH gestiegen. Zugleich hat der Anteil der privaten Investitionen 1994 um 11 vH-Punkte zugenommen und war mit 38,5 vH etwas höher als der Anteil des Privatsektors an der Entstehung des BIP (35 vH). Die öffentlichen Investitionen konzentrierten sich vor allem auf die Energiewirtschaft und die Infrastruktur. Der private Verbrauch hat 1994 real leicht zugenommen⁴. Die starke Abnahme bei den konsumbezogenen Dienstleistungen (–11 vH) konnte durch gestiegene Einzelhandelsumsätze (8 vH) kompensiert werden.

Die Exporte nahmen 1994 auf US-\$-Basis im Vergleich zum Vorjahr nach vorläufigen Angaben um 22,5 vH zu; die Importe stiegen um lediglich 5 vH⁵. Das Handelsbilanzdefizit hat sich stark verringert. (1994: –330 Mill. US-\$; 1993: –1,1 Mrd US-\$). Auch der Saldo der Dienstleistungsbilanz hat sich mit –87 Mill. US-\$ verbessert (1993: –111 Mill. US-\$) Insgesamt konnte eine starke Verringerung des Leistungsbilanzdefizits auf nur noch 270 Mill. US-\$ (1993: –1,7 Mrd. US-\$) erzielt werden⁶.

Der Handel mit der Europäischen Gemeinschaft hat weiter zugenommen. In die EU wurden 1994 47 vH (1993: 39 vH) der Gesamtexporte geliefert, und mehr als die Hälfte der Gesamtimporte wurde von dort bezogen (1993: 42,1 vH). Allein gegenüber der Bundesrepublik Deutschland beliefen sich die entsprechenden Anteile auf 16,5 vH (1993: 14,3 vH) bzw. 20,3 vH (1993: 15,8 vH). Ein Grund für die gestiegenen rumänischen Exporte war das Interimsabkommen⁷ mit der Europäischen Union. Daneben wirkte sich der konjunkturelle Aufschwung in Westeuropa positiv aus. Der Anteil der mittel- und osteuropäischen Länder an den rumänischen Exporten sank weiter und erreichte 1994 nur noch 19 vH (1993: 24 vH).

Preise, Löhne und Beschäftigung

Der Anstieg der Verbraucherpreise konnte 1994 drastisch gesenkt werden; er erreichte im Dezember 1994 auf der Basis des entsprechenden Vorjahresmonats 61,7 vH (1993: 295 vH). Dieser Wert ist verglichen mit anderen mitteleuropäischen Ländern nach wie vor hoch. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Rumänien die Preise in den vergangenen Jahren graduell freigegeben worden sind; auch Anfang 1994 wurde die Anzahl administrierter Preise gesenkt.

¹ Monitorul Oficial al României, Nr. 47/1994.

² Der Umfang der statistischen Berichterstattung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Nach wie vor enthalten die Angaben jedoch Widersprüche und Lücken.

³ Vgl. für die folgenden Angaben: National Commission for Statistics: Monthly Statistical Bulletin, Nr. 12/1994.

⁴ Über den gesamten privaten Verbrauch werden keine statistischen Angaben gemacht. Daher werden hier hilfsweise die Entwicklung von Einzelhandelsumsätzen und konsumbezogenen Dienstleistungen herangezogen.

⁵ Vgl. zum Außenhandel: Comisia Națională pentru Statistică. Anuarul de comerț exterior 1994.

⁶ Banca Națională a României: Bulletin lunar ianuarie 1995, S. 14 f. Es wurden auch andere, vorläufige Angaben zur Leistungsbilanz veröffentlicht, die von einem Defizit von nur 235 Mill. US-\$ ausgehen. Vgl. Romania economic newsletter, January-March 1995, S. 7.

⁷ Mit dem Interimsabkommen werden die handelspolitischen Teile des Assoziierungsabkommens bereits vor dessen Ratifizierung in Kraft gesetzt.

Tabelle 1

Rumänien: Wirtschaftsindikatoren
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

Wirtschaftsbereich	1991	1992	1993	1994 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt, real	-12,9	-13,5	1,3	3,4
Industrieproduktion, real	-22,8	-21,9	1,3	3,3
Bauproduktion, real	-21,8	-8,8	0,7	18,8
Landwirtschaftliche Produktion, real	-8,6	-12,1	12,4	0,2
Bruttoanlageinvestitionen, real	-25,8	-1,0	1,0	15,3
Einzelhandelsumsatz, real	-21,7	-17,4	-14,9	8,3
Export ²⁾	-26,1	2,3	12,1	22,6
Import ²⁾³⁾	-41,6	7,7	4,1	5,1
Verbraucherpreise ⁴⁾	222,8	199,2	295,5	61,7
dar.: Nahrungsmittel	275,4	219,7	271,2	64,3
Monatlicher Durchschnittslohn, nominal	116,7	167,8	202,9	129,3
Arbeitslose in vH der Erwerbsbevölkerung ⁵⁾	3,0	9,0	10,2	10,9

1) Vorläufige Angaben. — 2) Basis US-Dollar-fob-Werte. — 3) Einschließlich Importe, für die noch keine Zolldeklarationen vorliegen (520 Mill. US-Dollar). — 4) Veränderung Dezember zu Dezember des Vorjahres. — 5) Jahresende.

Quellen: National Commission for Statistics, Romanian Statistical Yearbook 1992, 1993, 1994; Quarterly Statistical Bulletin 1-4/1994; Monthly Statistical Bulletin, December 1994.

Nachdem der monatliche Preisanstieg im Sommer 1994 auf Raten von 1,5 vH bis 2,5 vH zurückgegangen war, kam es im Herbst zu einer Erhöhung des Preisanstiegs insbesondere bei Nahrungsmitteln, die sich im September und Oktober um jeweils 5 vH verteuerten. Angesichts dieser Entwicklung beschloß die Regierung, einige Lebensmittelpreise für 6 Monate einzufrieren⁸. Diese Frist wurde im Frühjahr 1995 um ein weiteres halbes Jahr verlängert⁹. Auch diese Maßnahme soll dazu beitragen, daß das ursprüngliche Ziel, die Inflationsrate 1995 auf 29 vH zu senken, eingehalten werden kann¹⁰. Die im ersten Quartal 1995 beobachteten Preissteigerungsraten hielten sich in diesem vorgegebenen Rahmen. Dabei ist indes zu berücksichtigen, daß der Gewinnsteuer- und bei einigen Produkten auch der Mehrwertsteuersatz gesenkt wurden¹¹.

Im Jahr 1994 war die durchschnittliche Nominallohnerhöhung mit 130 vH geringer als im Jahr zuvor (200 vH). Auf Basis Ende 1993 blieben die Nominallohnerhöhungen bis Dezember 1994 trotz Lohnzugeständnissen im Sommer hinter der Entwicklung der Erzeugerpreise zurück¹². Gegen Jahresende veränderte sich das Bild aufgrund erneuter Lohnzugeständnisse.

Die Lohnpolitik konzentriert sich nach wie vor auf das Instrument von Strafsteuern für übermäßige Lohnerhöhungen in Staatsunternehmen. Um der Tendenz steigender Nominallöhne entgegenzuwirken, hat die Regierung im März 1995 zusätzlich eine Eilverordnung erlassen. Ihr zufolge dürfen in Unternehmen, die mehrheitlich in staatlichem Eigentum sind, Lohnsteigerungen nur bei entsprechenden Produktivitätszunahmen gewährt werden¹³. Auf-

grund dieser Maßnahme ist es im April zu Streiks gekommen. Es bleibt unklar, ob die Regierung im laufenden Jahr ihren restriktiven Kurs in der Lohnpolitik durchsetzen kann. Die beabsichtigte Bildung eines Gremiums aus Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern¹⁴ ist noch nicht vorangekommen. Das Gremium soll sich neben der Lohnpolitik mit Fragen der sozialen Sicherung und Auswirkungen der Restrukturierung und Privatisierung auf die Beschäftigung befassen.

Die Arbeitslosenquote ist bis Ende 1994 auf 11 vH (1993: 10,2 vH) gestiegen. Im Unterschied zu anderen Ländern Mittel- und Osteuropas war der Beschäftigungsabbau gering. In der Landwirtschaft stieg die Beschäftigung sogar¹⁵, und zwar aufgrund der Restitution von Grundbesitz und da bislang noch nicht beschäftigte Arbeitnehmer versuchen, einen Arbeitsplatz auf dem Land zu finden. Falls die Umstrukturierung in der Industrie fortgesetzt wird, ist aber mit einer weiteren Erhöhung der Arbeitslosenquote

⁸ Adevărul economic, Nr. 48/1994, S. 19.

⁹ România liberă vom 18. April 1995, S. 1.

¹⁰ Adevărul economic, Nr. 1-2/1995, S. 6.

¹¹ Adevărul economic, Nr. 4/1995, Supplement legislativ, sowie Monitorul Oficial al României, Partea I, Nr. 3/1995, S. 1 ff, und Nr. 246/1994, S. 1 ff.

¹² Der Anstieg der Erzeugerpreise hat 1994 den der Verbraucherpreise übertroffen.

¹³ Monitorul Oficial al României, Partea I, Nr. 46/1995, S. 12.

¹⁴ Adevărul economic, Nr. 9/1995, S. 28 f.

¹⁵ National Commission for Statistics: Monthly Statistical Bulletin, Nr. 12/1994, S. 11.

Tabelle 2

Rumänien: Industrieproduktion
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1991	1992	1993	1994
Insgesamt	-22,8	-21,9	1,3	3,3
Kohlegewinnung und -verarbeitung	-16,6	14,6	1,3	2,5
Öl- und Gasgewinnung	-14,6	-3,9	0,4	-2,0
Metall- und Erzgewinnung und -verarbeitung	-22,8	-6,6	0,8	13,3
Andere Förderaktivitäten	-25,5	-33,6	-9,5	-8,7
Nahrungsmittel und Getränke	-19,1	-18,0	-13,9	13,6
Tabakwaren	-3,0	-0,4	-12,5	-5,5
Textilien	-16,7	-30,5	-2,2	-0,1
Bekleidung, Pelze, Leder	-11,1	-30,5	-4,5	43,4
Lederwaren und Schuhe	-16,1	-29,1	-1,7	11,5
Holzwaren	-23,5	-18,7	-9,2	-15,6
Papierwaren	-31,1	-25,8	-8,8	-0,9
Rohöl- und Kohleverarbeitung, Nuklearkraft	-35,9	-11,1	-0,9	16,2
Chemische Industrie	-26,5	-23,5	3,7	-8,9
Gummi- und Kunststoffwaren	-27,8	-29,9	5,7	-19,1
Andere nichtmetallische Grundstoffe	-22,8	-18,9	0,0	-8,8
Metallurgie	-28,8	-29,6	8,0	3,7
Metallwaren	-16,6	-29,9	-7,7	-14,9
Maschinen und Ausrüstungen	-34,9	-21,8	2,9	-7,3
Datenverarbeitungs- und Büromaschinen	-38,5	-27,0	-27,4	9,5
Elektrische Geräte und Zubehör	-29,1	-33,7	7,2	53,7
Elektrotechnik, Radio, TV	-11,5	-34,6	19,3	100,4
Feinmechanische und optische Geräte, Uhren	-19,0	-26,2	0,5	-14,3
Transportfahrzeuge	-24,7	-29,2	25,9	-10,5
Andere Transportgeräte	-25,4	-14,5	12,4	-25,2
Möbelproduktion und andere nicht aufgeführte Produkte	-5,7	-18,7	29,6	11,9
Elektrischer Strom, Gas- und Warmwasserproduktion	-9,4	-7,2	6,9	-5,8

Quellen: National Commission for Statistics, Statistical Yearbook 1994, Quarterly Statistical Bulletin 4/94.

zu rechnen, weil die Absorptionsfähigkeit des privaten Sektors noch gering ist: Das Verhältnis von offenen Stellen zu Arbeitssuchenden beträgt 1:280¹⁶.

Geld- und Währungspolitik

Nachdem die Zinsen in den vorangegangenen Jahren real negativ gewesen waren, wurde Ende 1993 versucht, einen neuen Kurs in der Geldpolitik einzuschlagen¹⁷. Die rumänische Nationalbank erhöhte die Refinanzierungssätze stark; der durchschnittliche Satz stieg von 60 vH im September 1993 auf 136 vH im Frühjahr 1994. Diese Erhöhung führte im Frühjahr, gemessen an der ex post-Preissteigerung, zu extrem hohen positiven Realzinsen (70 vH). Hieran zeigt sich, daß eine Orientierung an der monatlichen ex post-Preissteigerung bei starken Veränderungen

der Preise problematisch ist. Die u.a. infolge der Preisadministrierung relativ stabile Preisentwicklung im zweiten Halbjahr erlaubte der Nationalbank eine bessere Anpassung ihrer Refinanzierungssätze. Die Kreditzinsen der Geschäftsbanken sind mit Verzögerung der Veränderung des Refinanzierungssatzes gefolgt. Im ersten Halbjahr 1994 hat das Volumen der Kredite an die Nichtbanken real abgenommen; im Gesamtjahr ist es gestiegen.

Über Umfang und Entwicklung der zwischenbetrieblichen Verschuldung liegen nur vereinzelte Angaben vor. In den vergangenen Jahren wurden mehrmals Schuldenregulierungen vorgenommen; jedoch wurden Verlustbetriebe nicht geschlossen; dabei hat sich die zwischenbe-

¹⁶ Adevărul economic, Nr. 14/1995, S. 2.

¹⁷ National Bank of Romania: Quarterly Bulletin, Nr. 1/1994, S. 12 f.

Tabelle 3

Außenhandel Rumäniens

Handelspartner	Mrd. US-Dollar		Struktur in vH	
	1993	1994	1993	1994
Mittel- und Osteuropa ¹⁾	1,2	1,1	23,9	18,8
frühere Sowjetunion	0,5	—	9,2	—
OECD-Länder ²⁾	2,4	3,3	48,7	55,6
EG (12) ²⁾	1,9	2,8	39,3	47,1
Deutschland ²⁾	0,7	1,0	14,3	16,5
EFTA	0,2	0,2	4,7	3,2
Entwicklungs- und Reformländer	1,3	1,5	27,4	25,6
Gesamtausfuhr-fob	4,9	6,0	100,0	100,0
Mittel- und Osteuropa ¹⁾	1,5	1,5	23,2	24,6
frühere Sowjetunion	1,0	—	15,7	—
OECD-Länder ²⁾	3,8	4,0	57,7	63,4
EG (12) ²⁾	2,7	3,2	42,1	50,3
Deutschland ²⁾	1,0	1,3	15,8	20,3
EFTA	0,4	0,4	5,8	6,8
Entwicklungs- und Reformländer	1,2	0,8	19,1	12,1
Gesamteinfuhr-cif	6,5	6,3 ³⁾	100,0	100,0

¹⁾ Bulgarien, Slowakische und Tschechische Republik, Polen, Ungarn, frühere Sowjetunion, 1989 einschließlich Ostdeutschland.
²⁾ Von 1990 an einschließlich Ostdeutschland. — ³⁾ Ohne Importe, für die noch keine Zolldeklarationen vorliegen (u.a. Rohöl).
Quellen: National Commission for Statistics, Romanian Statistical Yearbook 1994, Foreign Trade Statistics 12/1994.

triebliche Verschuldung erneut aufgebaut. Ende 1993 beliefen sich die ausstehenden Verbindlichkeiten auf 73 vH der Geldmenge; dieser Anteil hat sich im Jahresverlauf auf über 90 vH erhöht¹⁸. Dies spricht dafür, daß die restriktive Geldpolitik durch die gegenseitige Kreditgewährung im Unternehmenssektor teilweise unterlaufen wurde.

Die Geldmenge (M2) hat 1994 nominal um 140 vH zugenommen; real stagnierte sie in den ersten sieben Monaten 1994, nahm indes im Gesamtjahr zu. Die Einlageentwicklung zeigt, daß das Vertrauen in die heimische Währung wächst. So sind nicht nur die Einlagen der privaten Haushalte im Vergleich zur Entwicklung der Gesamteinlagen überdurchschnittlich gestiegen, sondern es wurden auch Hartwährungsdepositen durch Einlagen in heimischer Währung ersetzt. Offenbar wurde das Abwertungsrisiko des Leu geringer eingeschätzt, so daß sich seine höhere Realverzinsung auswirkte.

Nachdem der Leu im Frühling 1994 stark abgewertet und der Wechselkurs des Leu anschließend freigegeben worden war, wurde im Sommer 1994 der Interbankenmarkt für Devisen liberalisiert. Der Wechselkurs des Leu gegenüber dem Dollar wertete sich auf dem Interbankenmarkt im zweiten Halbjahr 1994 nominal nur noch um 5 vH ab. Diese relativ geringe Abwertung des Leu war Folge des geringeren Leistungsbilanzdefizits bei zugleich unveränderten Kapi-

talzuflüssen. Diese Konstellation konnte von der Zentralbank in großem Umfang zum Aufbau der Reserven genutzt werden¹⁹.

Einen bedeutenden Kapitalzufluß stellten die ausländischen Direktinvestitionen dar. Sie sind 1994 um 415 Mill. US-\$ gestiegen und beliefen sich Ende 1994 kumulativ auf fast 1,3 Mrd. US-\$²⁰. Die Chancen des in Ostmitteleuropa nach Polen mit 23 Mill. Einwohnern zweitgrößten Binnenmarktes und der selbst im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern relativ niedrigen Bruttolöhne, die sich Anfang 1995 auf durchschnittlich 125 US-\$/Monat beliefen, wurden anscheinend erkannt. Die Bruttoauslandsverschuldung Rumäniens erreichte Ende 1994 4,4 Mrd. US-\$; (1993: 3,5 Mrd. US-\$); gleichzeitig haben sich aber auch die Fremdwährungsreserven auf 2 Mrd. US-\$ erhöht²¹. Damit hat Rumänien eine in Mittel- und Osteuropa vergleichsweise geringe Pro-Kopf-Auslandsverschuldung.

¹⁸ România liberă vom 19. Januar 1994 sowie vom 2. Februar 1995.

¹⁹ Romania economic newsletter, January-March 1995, S. 7.

²⁰ Romania economic newsletter, January-March 1995, S. 7, sowie special insert S. 4.

²¹ Banca Națională a României: Bulletin lunar ianuarie 1995, S. 13. Es werden keine Angaben zur Verschuldung gegenüber den ehemaligen RGW-Ländern gemacht.

Tabelle 4

Rumänien: Außenhandel nach Warengruppen¹⁾
Struktur in vH

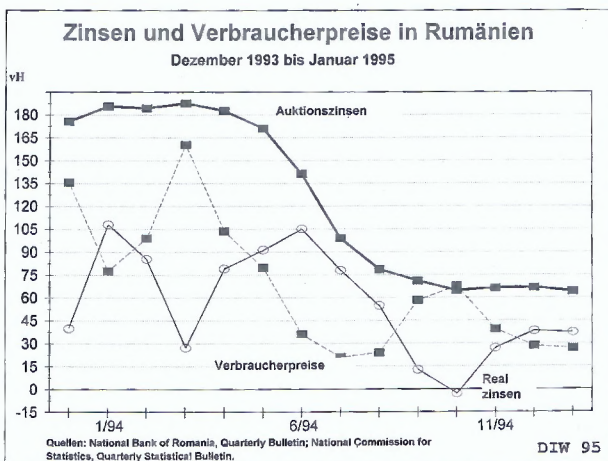
	Exporte Rumäniens						Importe Rumäniens					
	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Lebende Tiere und Tierprodukte	1,7	0,4	3,5	3,8	2,6	3,5	0,8	3,8	0,7	1,0	1,4	1,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak (einschließlich Gemüse, Obst und Fette)	3,4	1,0	2,6	3,5	2,9	2,9	3,5	9,3	12,8	13,8	7,9	8,6
Mineralien	18,6	19,7	14,5	11,8	11,6	11,9	51,2	42,3	45,3	28,7	26,9	23,0
Chemiewaren	7,3	5,2	6,7	7,0	7,9	8,0	5,7	7,1	7,1	7,9	7,9	8,5
Kunststoff- und Gummiwaren	2,6	1,8	1,3	1,6	2,3	2,4	0,8	1,0	1,3	3,1	3,2	3,5
Pelze und Felle	0,5	0,6	0,6	0,7	0,9	0,9	1,2	1,0	0,3	1,7	2,1	2,3
Holzwaren	2,7	3,1	2,7	3,6	3,6	3,6	0,5	0,8	0,6	0,5	0,4	0,4
Papierwaren	0,7	0,6	0,5	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,7	1,4	1,4	2,0
Textilien	8,7	10,0	9,5	16,0	18,8	18,5	2,6	2,9	4,2	10,1	11,4	12,5
Lederwaren und -schuhe	1,9	2,2	2,0	3,3	5,1	4,9	0,2	0,2	0,8	0,7	1,0	1,0
Keramik-, Glas-, Steinwaren	1,2	1,3	1,8	2,0	1,8	1,8	1,2	1,2	1,3	1,0	1,0	1,0
Metalle und Metallwaren	15,0	16,4	14,9	19,6	17,3	17,6	5,5	5,7	4,2	4,3	5,0	5,4
Maschinenbau, Elektrotechnik	14,7	16,4	16,2	9,0	8,4	8,4	16,4	14,4	14,5	17,7	20,4	21,5
Transportfahrzeuge	13,6	13,3	11,5	8,3	6,4	6,4	6,9	6,9	2,4	4,4	4,7	3,4
Sonstige Güter und nicht aufgeführte Waren	7,4	7,9	11,7	9,5	10,0	8,7	2,9	2,9	3,8	3,6	5,5	5,3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Nach der Systematik des rumänischen Harmonisierten Systems.

Quellen: National Commission for Statistics: Romanian Statistical Yearbook 1994, Foreign Trade Statistics 12/1994, Monthly Statistical Bulletin 12/1994.

Fiskalpolitik

Über den konsolidierten Haushalt liegen nur vereinzelte Angaben vor. Neben dem Staatshaushalt, der Sozialversicherung und den nachgeordneten Haushalten existierten Mitte 1994 noch weitere 14 außerbudgetäre Fonds, die ins-



gesamt einen leichten Überschuß aufwiesen²². Überschüsse verbuchten 1994 die Sozialversicherungshaushalte sowie die nachgeordneten Haushalte. Folglich übersteigt das konsolidierte Defizit nicht das Defizit des Zentralhaushalts. Am Jahresende belief sich das Defizit des Zentralhaushalts nach vorläufigen Angaben auf 4 vH des BIP und war damit deutlich höher als 1993 (1,7 vH)²³. Zur Finanzierung des Defizits wurden neben der Aufnahme von externen Krediten 1994 erstmals Staatsanleihen mit kurzen Laufzeiten ausgegeben. Diese Anleihen konnten jedoch nicht vollständig auf dem Kapitalmarkt untergebracht werden. Daher ist auch fraglich, ob die 1995 zur Defizitfinanzierung geplante Kreditaufnahme am Kapitalmarkt in vollem Umfang gelingt.

Das Defizit im Staatshaushalt stieg in der zweiten Jahreshälfte 1994 hauptsächlich aufgrund ungeplanter Ausgaben. Die zusätzlichen Ausgaben haben sich nicht auf be-

²² Adevăruł economic, Nr. 9/1995, S. 8.

²³ National Commission for Statistics: Social Situation and Economy of Romania in 1993. Bukarest 1995, S. 40, sowie Banca Națională a României: Bulletin lunar ianuarie 1995, S. 5.

Tabelle 5

Rumänien: Staatshaushalt 1991 bis 1994

	1991	1992	1993	1. Quart. 1994	1. bis 2. Quart. 1994	1. bis 3. Quart. 1994	insgesamt 1994
in Mrd. Lei							
Einnahmen	496,8	1 363,9	3 792,5	1 603,0	3 712,0	6 042,7	8 860,2
Laufende Einnahmen	490,6	1 342,6	3 787,3	1 601,1	3 708,5	6 037,6	8 851,0
Steuereinnahmen	479,4	1 291,8	3 654,4	1 559,5	3 581,3	5 759,9	8 368,6
Direkte Steuern	278,9	789,4	1 880,5	871,9	2 019,8	3 211,6	4 600,4
Gewinnsteuern	104,9	315,7	750,3	384,8	927,1	1 400,7	1 954,1
Einkommensteuer	172,2	457,7	1 324,9	568,8	1 283,5	2 125,6	3 220,1
Indirekte Steuern	200,5	502,5	1 773,9	687,6	1 561,4	2 548,2	3 768,2
Sonstige Abgaben	11,2	50,8	132,9	41,6	127,3	277,8	482,3
Kapitaleinnahmen	6,2	21,2	5,1	1,9	3,5	5,1	9,2
Ausgaben	537,9	1 626,9	4 128,8	1 540,3	3 829,4	6 872,1	10 930,4
Bildung, Kultur und Künste	187,1	474,8	1 264,7	492,8	1 237,2	2 042,4	3 217,0
Verteidigung	78,3	195,7	419,6	162,3	404,5	690,9	1 184,7
Öffentliche Ordnung	19,7	58,1	219,8	91,2	218,9	415,7	661,4
Staatliche Verwaltung	15,4	48,9	173,4	75,5	185,1	315,2	496,5
Volkswirtschaft	189,4	654,1	1 507,8	514,3	1 206,4	2 397,3	3 648,0
Industrie	96,9	326,7	709,1	181,2	489,3	826,3	1 210,5
Land- und Forstwirtschaft	35,8	217,2	515,9	194,7	330,0	655,4	1 168,4
Transfers an regionale Haushalte	41,4	169,6	328,2	114,7	271,3	474,9	783,8
Sonstige Ausgaben	48,1	195,2	543,4	204,3	577,3	1 010,6	1 722,7
Struktur in vH							
Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Laufende Einnahmen	98,8	98,4	99,9	99,9	99,9	99,9	99,9
Steuereinnahmen	96,5	94,7	96,4	97,3	96,5	95,3	94,5
Direkte Steuern	56,1	57,9	49,6	54,4	54,4	53,1	51,9
Gewinnsteuern	21,1	23,1	19,8	24,0	25,0	23,2	22,1
Einkommensteuer	34,7	33,6	34,9	35,5	34,6	35,2	36,3
Indirekte Steuern	40,4	36,8	46,8	42,9	42,1	42,2	42,5
Sonstige Abgaben	2,3	3,7	3,5	2,6	3,4	4,6	5,4
Kapitaleinnahmen	1,2	1,6	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Bildung, Kultur und Künste	34,8	29,2	30,6	32,0	32,3	29,7	29,4
Verteidigung	14,5	12,0	10,2	10,5	10,6	10,1	10,8
Öffentliche Ordnung	3,7	3,6	5,3	5,9	5,7	6,0	6,1
Staatliche Verwaltung	2,9	3,0	4,2	4,9	4,8	4,6	4,5
Volkswirtschaft	35,2	40,2	36,5	33,4	31,5	34,9	33,4
Industrie	18,0	20,1	17,2	11,8	12,8	12,0	11,1
Land- und Forstwirtschaft	6,7	13,3	12,5	12,6	8,6	9,5	10,7
Transfers an regionale Haushalte	7,7	10,4	8,0	7,4	7,1	6,9	7,2
Sonstige Ausgaben	8,9	12,0	13,2	13,3	15,1	14,7	15,8
Saldo (Mrd. Lei)	-41,1	-263,0	-336,3	62,6	-117,4	-829,4	-2 070,2
Anteil des Saldos am BIP in vH	-1,9	-4,3	-1,7	—	—	—	-4,4
Quellen: National Commission for Statistics, Romanian Statistical Yearbook 1993; National Bank of Romania: Quarterly Bulletins 1-4/1994, Buletin Lunar 1/1995; National Commission for Statistics: Social Situation and Economy of Romania in 1993.							

stimmte Aufgaben konzentriert; die Ausgabenstruktur hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Den größten Einzelposten stellten mit rund einem Drittel an den Gesamtausgaben die Ausgaben für die Wirtschaft dar, gefolgt von Aufwendungen für sozial-kulturelle Zwecke mit

nahezu 30 vH. Auch auf der Einnahmenseite gab es keine wesentlichen Strukturveränderungen. Etwas mehr als die Hälfte der Einnahmen entfiel auf direkte Steuern; bei den indirekten Steuern nahm die Bedeutung der Mehrwertsteuer zu. Probleme gibt es mit der Steuererhebung. Dazu

wurde im Oktober 1994 ein Gesetz erlassen, das Strafen für Steuerhinterziehung und bei Zahlungsverzug vorsieht²⁴. So müssen natürliche Personen für eine nicht termingerechte Abgabe ihrer Steuererklärung mit einer Geldstrafe von über einem Monatsgehalt rechnen.

Im Budgetentwurf ist für 1995 vorgesehen, das Defizit des Staatshaushalts auf 2,8 vH des BIP zu begrenzen. Auf der Einnahmenseite soll durch eine vereinfachte Berechnungsmethode und Vorauszahlungen das Gewinnsteueraufkommen trotz Senkung des Steuersatzes erhöht werden. Auf der Ausgabenseite sind keine wesentlichen Strukturveränderungen geplant. Der Anteil für Soziales und Kultur soll zwar leicht sinken; dafür werden sozial-kulturelle Maßnahmen verstärkt aus außerbudgetären Fonds finanziert²⁵, die neben dem Staatshaushalt geführten Budgets sollen aber auch 1995 ausgeglichen sein oder sogar leichte Überschüsse aufweisen.

Privatisierung und Unternehmenskontrolle

In den Statistiken der mittel- und osteuropäischen Länder wird der private Sektor, der vor allem in den nicht produzierenden Bereichen expandiert, meist nur unzureichend erfaßt. In Rumänien jedoch könnte angesichts der bisher zögerlichen Privatisierung die im vergangenen Jahr ausgewiesene Steigerung des privaten Anteils am BIP um 3 vH-Punkte auf 35 vH den Tatsachen entsprechen²⁶: Zum einen ist der Anteil der privaten Produktion im wichtigsten Wirtschaftsbereich, der Industrie, nur um 2 vH-Punkte auf 9 vH gestiegen. Zum anderen werden in der Landwirtschaft mittlerweile zwar 80 vH der Anbaufläche dem privaten Sektor zugerechnet²⁷, doch wird der tatsächliche Stand damit überzeichnet. Viele private Landwirte haben nur vorläufige Eigentumstitel erhalten²⁸. Bei der Verteilung seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist der private Sektor meist noch auf staatliche Organisationen angewiesen²⁹.

In der Bauwirtschaft expandiert der private Sektor kräftig. Sein Anteil ist 1994 um 24 vH-Punkte auf 58 vH der Bauleistungen gestiegen. Allerdings trägt die Bauwirtschaft nur zu 5 vH zur Entstehung des BIP bei³⁰. Der private Anteil an den Einzelhandelsumsätzen hat wie in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen: allein 1994 um 14 vH-Punkte auf 69 vH. Bei den Dienstleistungen erreichte dieser Anteil 43 vH³¹.

Bereits 1990/91 war ein gemischtes, d.h. ein auf Verkauf und unentgeltliche Verteilung beruhendes Privatisierungsmodell entwickelt worden: 70 vH des Gesellschaftsvermögens wurden auf den staatlichen Eigentumsfonds übertragen und sollten verkauft werden. Die restlichen 30 vH wurden auf fünf regional gegliederte Fonds aufgeteilt. Es war vorgesehen, daß die Bevölkerung bei den Regionalfonds ihre Eigentumszertifikate gegen Aktien von Unternehmen bzw. Anteile an den Fonds eintauschen kann. Allerdings ist

es dazu bislang nicht gekommen. Das Gesetzesprojekt zur Privatisierung vom Frühjahr 1995 sieht weiterhin vor, daß 30 vH des Gesellschaftsvermögens an die Bevölkerung verteilt werden.

Die Privatisierung konzentrierte sich in den vergangenen Jahren zum einen auf die sogenannte Pilotprivatisierung, eine Testphase für die große Privatisierung. Bis Ende 1993 konnten 22 ausgewählte Unternehmen privatisiert werden. Zum anderen wurden Betriebsteile und vornehmlich kleine Unternehmen an die Belegschaften und Betriebsleitungen verkauft³². Diese Privatisierung durch *management buy-out* (MEBO) hat zwar den Nachteil, daß die Eigentumsrechte zersplittert werden und die Unternehmensführung an Effizienz verliert; jedoch erhöht sie auch das Interesse an der Privatisierung. Insgesamt hat 1994 das Tempo der Privatisierung etwas zugenommen. Allerdings sind vom Gesamtvermögen der ursprünglich zur Privatisierung vorgesehenen Unternehmen von Oktober 1992 bis Anfang 1995 nur 4,4 vH privatisiert worden³³. Damit hat die Regierung ihr Ziel, jährlich 10 vH zu privatisieren, bei weitem verfehlt.

Der vorgesehene Umfang der Privatisierung ist relativ gering. Von der Privatisierung sind die 560 „regie autonome“, d.h. große Unternehmen, die in sogenannten strategischen Bereichen und der Infrastruktur tätig sind und in staatlichem Eigentum verbleiben, ausgeschlossen³⁴. Ein Konzept für die Privatisierung der Banken muß erst noch entwickelt werden. Des weiteren werden im Rahmen der gemischten Privatisierung zunächst nur maximal 30 vH der Aktien an die Bevölkerung verteilt; ein Sekundärmarkt für diese Aktien muß erst noch geschaffen werden. Für die restlichen 70 vH muß der staatliche Eigentumsfonds Käufer finden. Dabei werden zuerst diejenigen Unternehmen angeboten, deren Privatisierung relativ aussichtsreich erscheint: Die meisten der für die Privatisierung im Jahr 1995 vorgesehenen 1500 Unternehmen sind kleine und mittlere Betriebe³⁵.

²⁴ Monitorul Oficial al României, Nr. 299/1994, S. 10 ff.

²⁵ Adevărul economic, Nr. 8/1995, S. 4.

²⁶ National Commission for Statistics: Monthly Statistical Bulletin, Nr. 12/1994, S. 1.

²⁷ România liberă vom 3. März 1995, S. 4.

²⁸ Rd. 60 vH der Landwirte haben noch immer vorläufige Eigentumstitel. Beim derzeitigen Tempo der Bearbeitung wird erst nach der Jahrtausendwende die Restitution abgeschlossen sein. Vgl. România liberă vom 15. April 1995, S. 1.

²⁹ Adevărul economic, Nr. 44/1994, S. 4 f.

³⁰ National Commission for Statistics: Monthly Statistical Bulletin, Nr. 12/1994, S. 4.

³¹ National Commission for Statistics: Monthly Statistical Bulletin, Nr. 1/1995, S. 4.

³² România liberă vom 6. Dezember 1994, S. 4.

³³ România liberă vom 1. Februar 1995, S. 1.

³⁴ Der Anteil dieser Unternehmen am Kapitalstock ist unklar. Zu Beginn der Transformation hatten die „regie autonome“ einen Anteil von über 40 vH. Ihre Zahl ist aber inzwischen gesunken.

Die Privatisierung verzögerte sich u.a. aufgrund der unklaren Kompetenzverteilung zwischen staatlichem Eigentumsfonds und Regionalfonds; auch wurde die Leitung des staatlichen Fonds ausgetauscht. Der Hauptgrund bestand in politischen Widerständen gegen die Privatisierung. Es wird befürchtet, daß die Privatisierung zu Betriebsschließungen, einem Beschäftigungsabbau und sozialen Unruhen führt. Aus diesen Gründen sind auch nur wenige unrentable Betriebe geschlossen worden. Die gesetzliche Grundlage hierfür ist das Handelsgesetzbuch von 1887; eine Neufassung des Konkursgesetzes steht noch aus.

Die Restrukturierung meist unrentabler, sich noch mehrheitlich in Staatseigentum befindlicher Unternehmen wurde im Sommer 1993 angegangen. Es wurde eine Restrukturierungsagentur gegründet³⁶ und ihr — teilweise in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Eigentumsfonds — die Aufsicht über das Geschäftsgebaren von 200 Unternehmen übertragen³⁷. In den sogenannten „regie autonome“ soll die Finanzdisziplin durch Managementverträge sowie in einigen Unternehmen durch die Aufsicht von Finanzministerium und Bankenvertretern erhöht werden³⁸.

Fazit

Nach starken Produktionsrückgängen bis 1992 befindet sich die rumänische Wirtschaft seither in einem leichten Aufwind. Die gesamtwirtschaftliche Leistung hat im vergangenen Jahr um 3,4 vH gegenüber 1993 zugenommen. Insbesondere die Exporterfolge einiger Industriezweige deuten auf einen beginnenden Strukturwandel hin. Das Leistungsbilanzdefizit konnte verringert und die Kapitalzuflüsse zum Reserveaufbau der Zentralbank genutzt werden.

In der Industrie dominieren noch die staatlichen Unternehmen; vor allem in den auf den Binnenmarkt konzentrierten Industriezweigen müssen Produktivitätsreserven erschlossen werden. Dies wird durch die Möglichkeit der

zwischenbetrieblichen Verschuldung, das fehlende Konkursrisiko sowie die zögerliche Privatisierung verhindert. Die Privatisierung ist bislang weit hinter dem ohnehin schon wenig ambitionierten Ziel der Regierung zurückgeblieben. Das Fortbestehen von Verlustbetrieben und ihre Möglichkeit, in die zwischenbetriebliche Verschuldung auszuweichen, verringern die Wirksamkeit des von der Geld- und Fiskalpolitik ausgehenden Anpassungsdrucks. Insgesamt hinken Privatisierung und Umstrukturierung den anderen Reformen weit hinterher.

Mit der zunächst sehr restriktiven Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik wurden extrem hohe positive Realzinsen erreicht; die Lohnentwicklung blieb zunächst hinter der Preissteigerung zurück. Die im zweiten Halbjahr gelockerte Fiskal- und Lohnpolitik ließ das Defizit des Staatshaushalts sprunghaft ansteigen. Auch wurde dem Druck, die Lohnpolitik zu lockern und staatliche Ausgaben für Subventionen und konsumtive Zwecke zu verwenden, nachgegeben. Durch diese Entwicklung haben sich die Rahmenbedingungen für die Geldpolitik für das laufende Jahr wieder verschlechtert. Zu fragen ist auch, wie lange mit administrierten Preisen die Inflationsneigung gesenkt werden kann.

Die wirtschaftliche Erholung wird nur an Tempo gewinnen, wenn das Vertrauen in die Reformbestrebungen wächst. Daher ist es wichtig, daß die Privatisierung forciert und das Konkursrecht angewendet wird. Erst dann bestehen wichtige Voraussetzungen für rentables Wirtschaften und für die wirksame Anwendung des geldpolitischen Instrumentariums. Wichtig ist auch, daß der potentielle Anspruch an den Staatshaushalt gesenkt wird und sich die Tarifparteien auf moderate Lohnabschlüsse einigen.

³⁵ *Adevărul economic*, Nr. 6/1995, S. 9.

³⁶ *Monitorul Oficial al României*, Nr. 22/1994.

³⁷ *Monitorul Oficial al României*, Nr. 215/1994.

³⁸ *Monitorul Oficial al României*, Nr. 244/1993 sowie Nr. 213/1994.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schretil, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Weiterhin Rückstände in der Schul- und Berufsausbildung junger Ausländer. Bearbeitet von Wolfgang Jeschek. —
Rumänien: Produktionsbelegung bei verschleppter Privatisierung. Bearbeitet von Hella Engerer.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 7, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 2 Prospekte des Verlages Duncker & Humblot —